

**DIE POLITISCHE HALTUNG
MAX WEBERS
IM ERSTEN WELTKRIEG
UND ZUR NEUORDNUNG
DEUTSCHLANDS (1914–1918/19)**

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung.....	3
2.	Max Webers politische Haltung allgemein und vor dem Ersten Weltkrieg	4
3.	Max Webers Reaktion beim Ausbruch des Krieges	5
4.	Max Webers politische Haltung während des Krieges.....	6
4.1	Seine Einstellung zur Kriegszielfrage.....	6
4.2	Seine Einstellung zum U-Boot-Krieg	7
4.3	Seine Einstellung zu der Friedensforderung der Mehrheitsparteien	8
4.4	Seine Forderung nach Revision des Bismarckschen Verfassungssystems.....	8
5.	Max Webers politische Haltung angesichts Kriegsende und Revolution.....	10
5.1	Die Bewertung von Deutschlands Lage bei Kriegsende.....	10
5.2	Die Novemberrevolution und die Neuordnung Deutschlands	11
5.3	Der Versailler Vertrag und die Kriegsschuldfrage	13
6.	Schlußbetrachtung	15
7.	Literaturverzeichnis	16
7.1	Schriften von Max Weber.....	16
7.2	Darstellungen über Max Weber	16

1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird versucht, die politische Einstellung *Max Webers* (1864-1920)¹ im Ersten Weltkrieg und bezüglich der Neuordnung des Deutschen Reiches im Angesicht von Kriegsniederlage und Revolution darzustellen. Max Weber war seinem Selbstverständnis nach zwar zeitlebens ein Wissenschaftler mit einer naturgemäßen Distanz zur aktuellen Tagespolitik, und als Wissenschaftler erhob er die Forderung nach strenger Wertungsfreiheit, also nach Objektivität.² Trotzdem war er immer auch eine politisch stark engagierte Persönlichkeit, die sich in aktuelle Debatten und Probleme einmischte.³ So präsentierte er sich als Publizist als ein kühl-realistischer Analytiker des politischen Geschehens. Vereinbaren konnte er beide Tätigkeiten – Wissenschaftler und politischer Publizist –, indem er die Sphären von Wissenschaft und Politik strikt voneinander trennte: Im Hörsaal hätten politische Stellungnahmen nichts zu suchen, außerhalb des Wissenschaftsbetriebs aber – wo der ›freie Wind der Kritik weht‹ – seien politische Äußerungen nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten.⁴

Gerade der Erste Weltkrieg bot in Deutschland – insbesondere mit zunehmender Dauer – für viele prominente und politisch engagierte Zeitgenossen aus Wissenschaft und öffentlichem Leben einen Anlaß, das politische Geschehen kritisch zu kommentieren und dabei eine oftmals schon länger vorhandene Unzufriedenheit mit den politisch-sozialen Verhältnissen des Kaiserreiches zu artikulieren. Bei Kriegsbeginn erfolgte daher nicht nur eine militärische Mobilisierung, sondern auch eine ›geistige Mobilmachung‹ unter den Intellektuellen, deren Betätigungsfeld die politische Publizistik war. An erster Stelle zu nennen sind hier die Historiker Friedrich Meinecke und Hans Delbrück, die Nationalökonom *Lujo Brentano* und *Gustav Schmoller* sowie die Theologen *Friedrich Naumann* und *Ernst Troeltsch* – und eben, Gegenstand dieser Arbeit: *Max Weber*.⁵

Die Arbeit ist chronologisch gegliedert. Zunächst soll die allgemeine politische Grundhaltung *Max Webers* herausgearbeitet werden, wie sie sich vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs präsentierte (Kap. 2). Es folgt eine kurze Darstellung der Reaktion *Webers* beim Kriegsausbruch (Kap. 3), gefolgt von einer umfangreicheren Untersuchung seiner politischen Haltung zu einigen entscheidenden Fragen während des Krieges: die Kriegszieldiskussion, der U-Boot-Krieg, die Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Reichstages sowie die Frage nach Reform der Reichsverfassung (Kap. 4). *Max Webers* Einstellung zum Kriegsende und zur Novemberrevolution ist Gegenstand des letzten Abschnittes (Kap. 5). Hier geht es vor allem um die allgemeine Bewertung der Lage Deutschlands nach dem verlorenen Krieg, um die Legitimität und die Ziele der Revolution sowie um die Frage nach der Schuld Deutschlands am Kriegsausbruch.

Als Literaturgrundlage dienen vor allem – neben einigen anderen Titeln – die umfangreichen Werke des im August 2004 verstorbenen *Weber-Forschers* und Mitherausgebers der quellenkritischen Edition der ›*Max Weber Gesamtausgabe*‹, *Wolfgang J. Mommsen* (insbesondere seine wegweisende, 1974 in zweiter Auflage erschienene Dissertation ›*Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920*‹, auf die sich wesentliche Teile der vorliegenden Arbeit stützen). Wo möglich, wurden Schriften und Abhandlungen *Max Webers* als Primärquellen herangezogen.

¹ Zur Person und dem wissenschaftlichen Werk *Max Webers* vgl. aus der umfangreichen Literatur allgemein *Dirk Kaesler*, *Max Weber. Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung*, Frankfurt a. M. 21998.

² Vgl. die beiden programmatischen Aufsätze: *Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis* (von 1904) und: *Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften* (von 1917), beide abgedruckt in *Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, hg. von *Johannes Winkelmann*, Tübingen 1985, S. 146-214 bzw. S. 489-540.

³ Von 1906 an war *Weber* bspw. politischer Berater der Freisinnigen Vereinigung auf Vermittlung seines Freundes *Friedrich Naumann* (allerdings war sein Einfluß dort eher gering).

⁴ Hier unterschied er sich diametral von den zeitgenössischen ›politischen Professoren‹ wie *Heinrich v. Treitschke* oder *Gustav Schmoller*.

⁵ Insbesondere *Max Webers* politische Äußerungen sind dadurch gekennzeichnet, daß sie, gerade im Verständnis des heutigen Lesers, z. T. sehr schroff und direkt sind. Dies entspricht gänzlich *Webers* Stil, denn auch in seinen wissenschaftlichen Texten neigt er dazu, mögliche Alternativen kompromißlos zuzuspitzen und mit äußerster Klarheit darzustellen. Hinzu kommt, daß *Weber* in seinen politischen Schriften sehr häufig taktisch argumentierte, da sie auf die tagespolitischen Kämpfe und Auseinandersetzungen gemünzt waren. Aus diesem Grund waren sie bisweilen sehr stark polemisch gefärbt und überzeichneten oftmals.

2. Max Webers politische Haltung allgemein und vor dem Ersten Weltkrieg⁶

Max Weber entstammte einem nationalliberal geprägten Elternhaus, insbesondere sein Vater war leidenschaftlicher Bismarck-Anhänger. Aus diesem Umfeld allerdings befreite er sich zusehends und wendete sich mehr und mehr vom traditionellen Liberalismus ab. Er warf den Liberalen vor, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik keine Antwort zu haben auf die veränderte Lage, die sich daraus ergab, daß Deutschland sich zu den führenden Industrienationen der Welt entwickelt hatte. Weber war überzeugt, daß die neuen gesellschaftlichen Probleme infolge der rapiden kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung mit den überkommenen Mitteln des Liberalismus nicht mehr zu lösen waren. Speziell an den Linksliberalen kritisierte er ihre grundsätzliche Oppositionspolitik, die einer Weiterentwicklung des Reiches im Wege stehe; den Nationalliberalen warf er vor, daß sie sich mit dem *Status quo* zufrieden geben und der Stagnation verfallen seien. Deshalb wandte er sich der Gruppe der sog. »Kathedersozialisten« zu (von denen er sich später allerdings wieder abwenden sollte) und trat in den »Verein für Socialpolitik« ein. Dieser Verein aus führenden Nationalökonomern und Sozialwissenschaftlern hatte sich zum Ziel gesetzt, die brennenden sozialen Probleme der Zeit mit wissenschaftlichem Instrumentarium zu beleuchten und die gewonnenen Erkenntnisse in soziale Reformen einfließen zu lassen.⁷

Es waren aber insbesondere die inneren Schwächen des Bismarckschen Verfassungssystems, die Max Weber bald entdeckte und zunehmend der Kritik unterzog.⁸ Er beobachtete im Kaiserreich einen strukturell bedingten Mangel an politischen Führungspersönlichkeiten: Die Herrschaft liege nicht in den Händen echter Politiker, sondern in den Händen des Berufsbeamten­tums;⁹ dieses rekrutiert sich in erster Linie aus den Schichten der großgrundbesitzenden Aristokratie, und war deshalb auch in erster Linie darauf bedacht, die Vorrangstellung dieser Klasse zu erhalten. Dagegen sah Weber es als essentiell für die Zukunft der Nation an, daß das ökonomisch aufstrebende Bürgertum die politische Leitung des Staates übernimmt vom im wirtschaftlichen Niedergang befindlichen ostelbischen Adel. Allerdings monierte er die aktuelle politische Unreife des Bürgertums, das, obwohl die ökonomisch führende Klasse im Reich, politisch im Abseits stand – und zwar selbstverschuldet, indem es eigentlich längst überkommenen aristokratischen Verhaltensweisen nacheifert (These von der sog. »Refeudalisierung« des Bürgertums).

Diesen Strukturdefekt sah Weber noch verstärkt durch das »persönliche Regiment« Wilhelms II., der in unverantwortlicher Weise in alle politischen Entscheidungen hineinregiert – ohne verfassungsrechtlich verantwortlich zu sein. Seine Kritik am Kaiser nahm – insbesondere während des Krieges – z. T. sehr scharfe Formen an: »Ein *Dilettant* hat die Fäden der Politik in der Hand ... Der König von England hat Ehrgeiz und Macht, der deutsche Kaiser hat Eitelkeit und begnügt sich mit dem *Schein* der Macht: Folge des *Systems*, nicht: der Person.« Dies sei »das Werk der Bismarckerei und der politischen Unreife, die dadurch gesteigert wurde.«¹⁰

Max Weber hing einem konfliktorientierten Politikbegriff an: »Politik ist: *Kampf*«, definierte er einmal.¹¹ Er verstand jede Politik, ob Innen- oder Außenpolitik, als einen ständigen Kampf zwischen Nationen, Klassen oder Individuen.¹² Was ihn umtrieb war, geeignete Akteure für diesen Kampf zu bekommen – sein Interesse galt also der *Führungsauslese*. Das System des Kaiserreiches

⁶ Vgl. zum folgenden Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen 1974, S. 97-205.

⁷ Zur politischen Einstellung des jungen Weber vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 1-21.

⁸ Weber betrachtete das von ihm konstatierte innenpolitische Problem des Kaiserreiches als ein Erbe der Bismarckära: Bismarcks Persönlichkeit ließ keine anderen starken Politiker neben ihm zu; hinzu kommt ein machtloses Parlament, das von Bismarck instrumentalisiert wurde (bzw. sich instrumentalisieren ließ); statt dessen liegt das Hauptgewicht bei der ausführenden Bürokratie. Vgl. Marianne Weber, Max Weber. Ein Lebensbild, Heidelberg 1950, S. 631.

⁹ Webers wissenschaftliche Studien machten ihn auf den universalen Prozeß der Bürokratisierung im Abendland aufmerksam; er fürchtete, daß diese Entwicklung in naher Zukunft die Menschen in ein »Gehäuse der Hörigkeit« (so z. B. in Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hg. v. Johannes Winkelmann, Tübingen 1980, S. 835) führen wird. Von diesem Standpunkt aus kritisierte er das Kaiserreich, in dem er diesen Prozeß sich verwirklichen sah.

¹⁰ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 159 (Hervorheb. im Orig.).

¹¹ Max Weber, Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Ders., Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 432-596, hier S. 460 (Hervorheb. im Orig.).

¹² Vgl. dazu allgemein Raymond Aron, Max Weber und die Machtpolitik, in: ZfP 11, 1964, S. 100-113.

mit seiner patriarchalischen Herrschaft des Kaisers und der Beamten hielt er für zutiefst defizitär; dieses System generiere ein Volk von ›Untertanen‹, nicht von ›Staatsbürgern‹. Um diesem Strukturdefekt abzuhelpfen, forderte er die Parlamentarisierung der Reichsverfassung und die Demokratisierung des preußischen Dreiklassenwahlrechts. Insbesondere von der Parlamentarisierung des Reiches versprach sich Weber vor allem zwei Vorteile: Erstens die Auslese politischer Führungspersönlichkeiten und zweitens die Kontrolle der rein technischen, im Kaiserreich – nach seiner Deutung – ›allmächtigen‹ Verwaltungsbürokratie. Im Ergebnis sollten die Reformen ein Mittel sein, um die Herrschaft der konservativen, ›junkeralichen‹ Schichten durch diejenige des Bürgerturns abzulösen.

Die innenpolitischen Reformen sollten Weber zufolge vor allem außenpolitischen Zwecken dienen. Max Weber war ein dezidierter Verfechter einer kraftvollen deutschen Weltmachtspolitik; eine gern zitierte Schlüsselstelle für diese Haltung findet sich in seiner Freiburger Akademischen Antrittsrede, die er 1894 hielt: »Wir müssen begreifen, daß die Einigung Deutschlands ein Jugendstreich war, den die Nation auf ihre alten Tage beging und seiner Kostspieligkeit halber besser unterlassen hätte, wenn sie der Abschluß und nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte.«¹³

Weber sah den geschichtlichen Auftrag Deutschlands also darin, große Machtpolitik zu treiben – vor dem Hintergrund des weltumspannenden Machtkampfes um ökonomische Ressourcen und kolonialer Expansion. Dabei hing Weber einem affirmativen Nationsbegriff an: Die Machtentfaltung des Nationalstaates galt ihm, der ein pluralistisches Wertesystem propagierte, als oberster Wert, dem er alle anderen Ideale unterordnete. – Weber war allerdings von den Befürwortern bloßer steriler Machtpolitik von Seiten der nationalistischen Rechten dadurch getrennt, daß er an die ›Verantwortungsethik‹ des Politikers appellierte. Er befürwortete eine nüchterne und realistische Weltpolitik, er war strikt gegen die wilhelminische Prestige- und ›Säbelrasselk-Politik. Insofern kann er charakterisiert werden als ein pragmatischer, realistischer Nationalist, der vor allem durch eine aktive Bündnispolitik (insbesondere mit England) die weltpolitischen Ziele des Reiches erreicht wissen wollte.

Weber forderte die Reform der Reichsverfassung also in erster Linie aus nationalen Gründen, um alle sozialen Gruppen (auch und vor allem die Sozialdemokratie) für die großen weltpolitischen Ziele zu mobilisieren und die Geschlossenheit und Einsatzbereitschaft der Nation zu erhöhen. Er plädierte für den Übergang zum parlamentarischen System, weil er annahm, daß die Herrschaft und Konkurrenz der Parteien der einzige Weg sei, um eine kraftvolle und starke Führung zu gewährleisten und eine Integration aller Bevölkerungsschichten zu ermöglichen.

3. Max Webers Reaktion beim Ausbruch des Krieges

Wie in der Einleitung erwähnt, erfolgte mit dem Kriegsbeginn in Deutschland neben der militärischen Mobilmachung auch eine »geistige Mobilmachung« unter den Intellektuellen.¹⁴ Diese allgemeine Kriegsbegeisterung erfaßte auch Max Weber, der ja auch zuvor schon zu politischen Problemstellungen seine Meinung nicht zurückgehalten hatte.^{15, 16} Er begrüßte den Krieg als einen Kampf um die weltpolitische Gleichberechtigung Deutschlands, den er – wie viele seiner Zeitgenossen – für unvermeidlich hielt: »Wir mußten ein Machtstaat sein und mußten, um mitzuspre-

¹³ Max Weber, Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: Ders., Gesammelte politische Schriften, hg. v. Johannes Winkelmann, Tübingen 31971, S. 1-25, hier S. 23.

¹⁴ Vgl. Klaus Schwabe, Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, in: HZ 193, 1961, S. 601-634, hier bes. S. 603-605 sowie allgemein Kurt Flasch, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2000.

¹⁵ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 206-207.

¹⁶ Max Weber meldete sich im übrigen wie so viele, auch Intellektuelle, freiwillig zum Militärdienst, konnte aber wegen beschränkter Tauglichkeit – sehr zu seinem Bedauern – nicht im Frontdienst Verwendung finden, sondern nur – allerdings auch nur für kurze Zeit – als Reserveoffizier im Heimatdienst. Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Einleitung, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 1-20, hier S. 3.

chen bei der Entscheidung über die Zukunft der Erde, es auf diesen Krieg ankommen lassen«, so urteilte er später noch rückblickend. Er begrüßte den Krieg aber auch aus innenpolitischen Gründen: Er lobte den nationalen Enthusiasmus, die Opferbereitschaft und das Zusammenstehen der Nation. Nach Weber bringt der Krieg Qualitäten im Menschen hervor, die sich gerade in einer Krisensituation am deutlichsten zeigen; deshalb urteilte er: »Denn *einerlei*, wie der Erfolg ist – *dieser Krieg ist groß und wunderbar*.«¹⁷

Obleich Max Weber aber die nationale Aufbruchstimmung bei Kriegsbeginn teilte, so behielt er dabei dennoch – im Gegensatz zur Mehrzahl seiner Professorenkollegen – seine Nüchternheit und seinen Realismus. Die sog. »Ideen von 1914« qualifizierte er als bloßes »Literatengeschwätz« ab, das jeder realpolitischen Grundlage entbehrt.¹⁸ Statt dessen wies er gerade jetzt, als Voraussetzung für eine erfolgreiche Kriegführung, um so mehr auf die Notwendigkeit innerer Reformen hin.

4. Max Webers politische Haltung während des Krieges

Kurz nach der Euphorie des Kriegsbeginns modifizierte Max Weber seine Ansicht allerdings rasch. Als sich früh nach der Marne-Schlacht (4. September 1914) abzeichnete, daß ein schneller Sieg unwahrscheinlich war, zeigte sich sein nüchtern-realistischer Blick wieder, wenn er forderte, daß jede Möglichkeit zu einem *Status-quo*-Frieden sofort ergriffen werden sollte. Er argumentierte hierbei auf zwei Ebenen: Erstens wird die Zeit aufgrund der Überzahl der Feinde gegen Deutschland arbeiten, und zweitens befürchtete er, daß der anfängliche Heroismus und die Opferbereitschaft der Bevölkerung verschwinden wird, wenn der Krieg zu einem jahrelangen Alltag wird.

Seit 1915 nahm Max Weber publizistisch zu zentralen Fragen der deutschen Politik Stellung. Er veröffentlichte immer wieder Artikel in der »Frankfurter Zeitung«, der Wochenzeitschrift »Die Hilfe« und den »Münchener Neuesten Nachrichten« – allesamt liberal positionierte Blätter.¹⁹

4.1 Seine Einstellung zur Kriegszielfrage

Max Weber trat ein für eine realistische und weitsichtige Kriegszielpolitik.²⁰ Gegenüber den zunehmend unrealistischer und naiver werdenden Plänen der Öffentlichkeit, Teilen der Regierung und v. a. des Militärs²¹ plädierte Weber in der Kriegszielfrage für Nüchternheit und Augenmaß – beides übrigens Tugenden, die er auch sonst als Kardinaltugenden eines Politikers verstand,²² und bei seinen Zeitgenossen schmerzlich vermißte.

Weber war ein entschiedener Gegner von Annexionen (v. a. im Westen, also insbesondere Belgiens). Er schrieb hierzu in einem privaten Brief: »Was akademisch gebildet ist, ist gegen Annexion. Aber man hat mit diesen Ansichten jetzt keinen Einfluß. Jeder Sieg entfernt uns weiter vom Frieden, das ist das Eigentümliche der Sache.«²³ Weber gab seiner Kritik an der Kriegszielpolitik auch öffentlich Ausdruck in mehreren Zeitungsartikeln. Hierbei muß allerdings beachtet werden, daß die Zensur eine öffentliche Kriegszieldiskussion unterband, um den bei Kriegsausbruch zwischen den Reichstagsparteien geschlossenen innenpolitischen »Burgfrieden« nicht zu

¹⁷ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 206 (Hervorheb. im Orig.).

¹⁸ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Politik und politische Theorie bei Max Weber, in: Johannes Weiß (Hg.), Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung, Frankfurt a. M. 1989, S. 515-542, hier S. 525.

¹⁹ Vgl. Mommsen, Einleitung, in: Zur Politik im Weltkrieg, S. 4-5. Die »Frankfurter Zeitung« wurde wegen der kritischen Artikel Max Webers eine zeitlang sogar unter Präventivzensur gestellt.

²⁰ Vgl. allg. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 206-229 sowie Weber, Lebensbild, S. 595-602.

²¹ Zur Kriegszieldiskussion in Deutschland vgl. allgemein Peter Graf Kielmansegg, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968, S. 205-298.

²² Vgl. z. B. Max Weber, Politik als Beruf, in: Ders., Gesammelte politische Schriften, hg. v. Johannes Winkelmann, Tübingen 1971, S. 505-560, hier S. 545-546.

²³ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 218.

gefährden.²⁴ Deshalb verschleierte Weber seine Kritik an der offiziellen Politik, die er wesentlich durch Hybris gekennzeichnet sah, durch eine Betrachtung der maßvollen *Bismarckschen* Außenpolitik. So erschien am 25. Dezember 1915 in der »Frankfurter Zeitung« ein langer Artikel mit dem unzweideutigen Titel: »Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart«.²⁵ – Klartext sprechen konnte er jedoch in Denkschriften und Appellen, die an einzelne Persönlichkeiten oder Vereine gesendet wurden.²⁶

Im Westen Europas sprach sich Max Weber also, wie gesagt, gegen jedwede Annexionen aus. Er befürchtete, daß eine maßlose annexionistische Kriegszielpolitik Deutschland für alle Zeiten bündnisunfähig machen werde. Für eine künftige Weltmachtspolitik Deutschlands aber hielt er eine Verständigung mit England für unabdingbar, zumal er zeitlebens von einer quasi »natürlichen« Feindschaft zwischen dem Deutschen Reich und dem zaristischen Rußland überzeugt war.²⁷ – Sein besonderes außenpolitisches Interesse galt allerdings vorrangig dem europäischen Osten, mit dem sich Weber schon seit längerer Zeit auch schon auf wissenschaftlicher Ebene beschäftigt hatte.²⁸ Hier wollte er eine vollständige Neuordnung auf Grundlage des Nationalitätenprinzips: Er wünschte die Unabhängigkeit der kleineren Nationen von Rußland in enger Anlehnung an Deutschland und unter deutscher Protektion. Es sollte also gemäß seinen Vorstellungen ein *cordon sanitaire* gegenüber Rußland errichtet werden, Deutschland sollte die Rolle einer Schutzmacht der kleinen Nationen im Osten einnehmen, und durch eine Zollunion sollten diese Staaten eng an das Reich gebunden werden.²⁹

Wegen seiner maßvollen Haltung in der Kriegszielfrage unterstützte Weber den Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg gegen die Angriffe der rechten politischen Kräfte,³⁰ er tat dies auch mehrmals öffentlich. Allerdings beanstandete er an diesem Reichskanzler seine mangelnde Entschlußkraft. Einen kraftvollen politischen Führer, wie immer wieder von Weber gefordert, konnte er in ihm nicht erblicken: »Er [Bethmann Hollweg] ist eben kein »Staatsmann«, der arme Kerl, so wenig wie Moltke der Jüngere ein Stratege war.«³¹

4.2 Seine Einstellung zum U-Boot-Krieg

Max Weber vertrat nicht nur in der Kriegszielfrage eine gemäßigte Linie, sondern er nahm auch dezidiert gegen die Aufnahme des verschärften, später unbeschränkten U-Boot-Krieges Stellung.³² Zusammen mit einem Professorenkollegen verfaßte er Anfang März 1916 eine Denkschrift gegen den »verschärften U-Boot-Krieg«.³³ Weber erkannte klar, daß die wirtschaftli-

²⁴ Zur Zensurpolitik der Reichsregierung im Krieg vgl. Wilhelm Deist, Zensur und Propaganda in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Ders., Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991, S. 153-163.

²⁵ Abgedruckt in Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 71-92.

²⁶ Diese Möglichkeit, also das Adressieren vertraulicher Denkschriften an einflußreiche Personen des Reiches, war eine gängige Praxis während des Krieges, um Einfluß auf die entsprechenden Entscheidungsträger nehmen zu können.

²⁷ Vgl. Aron, Machtpolitik, S. 105.

²⁸ Bereits 1892 arbeitete Max Weber bei einer Untersuchungskommission im Auftrag des »Vereins für Socialpolitik« zur Lage der Landarbeiter in Deutschland mit. Er schloß die politisch brisante Schlußfolgerung, daß die polnischen Landarbeiter unter den Bedingungen des uningeschränkten Kapitalismus die deutschen Landarbeiter zunehmend verdrängen würden, weil sie anpassungsfähiger seien – die ostelbische Großgüterwirtschaft dagegen würde durch die Anforderungen der marktorientierten Produktion strukturell unwirtschaftlich werden. Vgl. Max Weber, Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Marianne Weber, Tübingen 1988, S. 470-507.

²⁹ Seit 1916 beteiligte sich Weber darüber hinaus am »Arbeitsausschuß für Mitteleuropa« von Friedrich Naumann, mit dem Weber befreundet und politisch verbunden war. Ziel war die Errichtung einer mitteleuropäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter deutscher Führung. Er mußte dort aber erleben, daß dieser Ausschuß letztlich politisch machtlos war und keinen Einfluß auf OHL und Regierung nehmen konnte. Vgl. Mommsen, Politik und politische Theorie, S. 516-517.

³⁰ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 246-264.

³¹ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 260.

³² Zur Auseinandersetzung um die Aufnahme des U-Boot-Krieges in Deutschland vgl. allgemein Kielmansegg, Deutschland, S. 129-142, 385-396.

³³ Max Weber/Felix Somary, Der verschärfte U-Boot-Krieg, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 115-125.

che Überlegenheit der Alliierten durch den Kriegseintritt der USA den Krieg für Deutschland auch bei militärischen Erfolgen von deutscher Seite nicht mehr gewinnbar machen würde.

Hinsichtlich eines Bruchs mit den USA blickte er ebenso prophetisch wie verbittert in die Zukunft. In einem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Brief schrieb er beispielsweise: »Inzwischen ist die Gefahr mit Amerika auf dem Höhepunkt, und mir ist, als ob eine Horde Irrsinniger uns regierte ... Der Krieg ist verloren, wenn es [der uneingeschränkte U-Boot-Krieg] losgeht. Finanziell, weil dann unsere Anleihe nicht gezeichnet wird. Wirtschaftlich, weil wir noch immer massenhaft Rohstoffe vom Ausland bekommen, die wir nicht entbehren können.«³⁴

Es war also auch in dieser Frage wieder das fehlende Augenmaß und das mangelnde Verantwortungsbewußtsein der politischen Entscheidungsträger, das Weber mißfiel.

4.3 Seine Einstellung zu der Friedensforderung der Mehrheitsparteien

Politisch verantwortungslos empfand Max Weber auch die Friedensresolution, die die Mehrheitsparteien des Reichstages unter Führung des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger im Dezember 1916 initiierten³⁵ – obwohl er spätestens seit der Aufnahme des unbeschränkten U-Boot-Krieges pessimistisch in die Zukunft sah.

Weber verurteilte die Friedensresolution aus folgendem Grund: Er wollte bei den Kriegsgegnern im Ausland kein Zweifel aufkommen lassen hinsichtlich der Entschlossenheit der deutschen Nation, den Krieg bis zu einem ehrenvollen Frieden zu Ende zu führen. Es war also vor allem die Wirkung nach *außen*, die ihn beschäftigte: keine Schwäche zu zeigen und den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu stärken, das waren seine Ziele.

Hier zeigt sich allerdings deutlich ein innerer Widerspruch in der Argumentation Webers. Einerseits drängte er immer wieder auf einen sofortigen Verständigungsfrieden, da die Lage Deutschlands mit fortschreitender Zeit immer hoffnungsloser werde, andererseits fürchtete er die Rückwirkungen des öffentlichen Eintretens für einen solchen Frieden im Ausland.

Wenngleich er die Friedensresolution – verbal – bekämpfte, polemisierte er auf der anderen Seite aber auch heftig gegen die Politik der Konservativen und nahm den angeschlagenen Reichskanzler Bethmann Hollweg gegen ihre Angriffe abermals in Schutz. Er warf den konservativen Kräften im Reich das Betreiben einer egoistischen Interessenpolitik vor und urteilte über sie: »[D]ie Politik der Konservativen und Großindustriellen ist ganz einfach: je *länger* der Krieg dauert, desto *mehr* Sozialdemokraten schwenken nach ›links‹ ab – um so besser für uns, die Stützen von Thron und Altar. Nur keinen Kompromißfrieden, denn dann müssen Konzessionen in der Wahlrechtsfrage gemacht werden.«³⁶

4.4 Seine Forderung nach Revision des Bismarckschen Verfassungssystems

Während des Ersten Weltkriegs, besonders zum Ende hin, verschärfte Max Weber seine Forderung nach einer Reform der Reichsverfassung noch einmal.³⁷ Eine solche sollte »endlich verantwortliche Staatsmänner von Rang an die Spitze des deutschen Staates bringen«.³⁸

Weber beklagte insbesondere, daß die verständigen, gemäßigten Politiker völlig machtlos seien, und andere Kräfte dagegen die politische Leitung in ihren Händen halten. Nach dem Sturz Bethmann Hollwegs im Juli 1917 durch die direkte Intervention der Dritten Obersten Heeresleitung (OHL) war Weber endgültig davon überzeugt, daß nur eine Reform der Reichsverfassung eine Besserung der Verhältnisse bringen würde: »[Durch] die bisherige Art der staatlichen Wil-

³⁴ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 248.

³⁵ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 278-281. Zur Friedensresolution des Reichstags vgl. allgemein Kielmansegg, Deutschland, S. 412-430.

³⁶ Zit. nach Weber, Lebensbild, S. 611-612 (Hervorheb. im Orig.).

³⁷ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 264-288 sowie Weber, Lebensbild, S. 629-638.

³⁸ Wolfgang J. Mommsen, Ein Liberaler in der Grenzsituation, in: Wolfgang J. Mommsen, Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt a. M. 1974, S. 21-43, hier S. 37.

lensbildung und des politischen Betriebes bei uns ist *jede* deutsche Politik, gleichviel welches ihre Ziele seien, zum Scheitern verurteil[t].«³⁹

»Die inneren Reformforderungen hatten in Webers Augen Vorrang vor allen außenpolitischen Kriegszielen«,⁴⁰ ja, er betrachtete sie gar als eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Außenpolitik. Wie schon vor dem Krieg argumentierte er für eine Veränderung der inneren Struktur des Kaiserreiches als Bedingung für eine erfolgsversprechende nationale deutsche Weltmachtspolitik.

Sein Groll galt jetzt erst Recht dem unverantwortlichen persönlichen Regiment des Kaisers – nicht der Monarchie als solcher: Er wollte nicht die Abschaffung der Monarchie, sondern ihre Parlamentarisierung. In einem privaten Brief schrieb er: »Die Staatsform ist mir völlig »wurst, wenn nur Politiker und nicht dilettierende Fatzkes [!] wie Wilhelm II. und seinesgleichen das Land regieren. Ich sehe jetzt keinen andren Weg als rücksichtslose Parlamentarisierung quand même, um diese Leute kaltzustellen.«⁴¹

Max Weber betrachtete die Reform der Reichsverfassung im Krieg vor allem als Mittel zur Stärkung der »inneren Front«, d. h. zur Erhaltung des inneren Friedens an der Heimatfront. Er kritisierte das Zusammenspiel zwischen Konservativen, Alldeutschen, der im September 1917 gegründeten »Vaterlandspartei« und der OHL und machte diese interessengeleitete Kooperation – zusammen mit der Unfähigkeit des Kaisers – für Deutschlands Misere verantwortlich.

Die Parlamentarisierung des Reiches sollte nach Weber in Bezug auf den fortdauernden Krieg insbesondere folgende vier Funktionen erfüllen:

- »1. Die Erhöhung der politischen Geschlossenheit der Nation und ihrer Bereitschaft, für das erfolgreiche Bestehen des Kriegs gegebenenfalls das Äußerste zu leisten.
2. Die Sicherstellung einer effektiven politischen Führung, die, eben weil sie sich auf demokratisch geformte Majoritäten gründete, eine realistische Politik des Augenmaßes zu führen in der Lage sein werde, mit dem Ziel, die Machtstellung des Deutschen Reiches in der Welt auf lange Sicht, weit über das vorhersehbare Ende des Krieges hinaus, zu sichern.
3. Damit verbunden, die Eindämmung der unverantwortlichen Agitation für extreme, zunehmend utopische Kriegsziele, sowie schließlich
4. die effektive Beseitigung des Hineinregierens der militärischen Instanzen in die politischen Entscheidungen.«⁴²

Inbesondere den letzten Punkt betrachtete Weber vor dem Hintergrund des Friedens von Brest-Litowsk vom 3. März 1918, der seinen Plänen für eine Neugestaltung des Ostens zuwiderlief.⁴³

Max Weber war allerdings strikt dagegen, daß die Frage der Parlamentarisierung mit der Hoffnung auf einen baldigen Frieden verknüpft werde, und dies aus zwei Gründen: Er warnte einmal davor, daß für den Fall, daß der Frieden nicht so bald kommen sollte, dann auch die Idee der Parlamentarisierung und Demokratisierung diskreditiert würde. Auf der anderen Seite, kämen Demokratie und Frieden zeitgleich, würde der Frieden aber für Deutschland ungünstig ausfallen, dann könnten die Gegner der Demokratie in der Zukunft propagandistisch immer wieder betonen, daß es das Ausland sei, das Deutschland die Demokratie aufgezwungen habe.⁴⁴ Weber war also dafür, daß beide Komplexe – Frieden und Reform – streng losgelöst voneinander behandelt werden sollte.⁴⁵

³⁹ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 264 (Hervorheb. im Orig.).

⁴⁰ Schwabe, Politische Haltung, S. 625.

⁴¹ Zit. nach Weber, Lebensbild, S. 631.

⁴² Mommsen, Politik und politische Theorie, S. 525-526.

⁴³ Weil er nicht die Freiheit für die kleinen Nationen Osteuropas brachte (s. oben Kap. 4.1).

⁴⁴ In dieser Hinsicht sah Weber also durchaus prophetisch die spätere Situation in der Weimarer Republik voraus, die ja gerade dadurch bestimmt war, daß die reaktionären Kräfte diesen Kausalzusammenhang von Niederlage und Demokratie zogen.

⁴⁵ Vgl. Mommsen, Einleitung, in: Zur Politik im Weltkrieg, S. 13.

5. Max Webers politische Haltung angesichts Kriegsende und Revolution

5.1 Die Bewertung von Deutschlands Lage bei Kriegsende

Durch die Aufnahme des Waffenstillstands und die Durchführung der ›Oktoberreform‹ vom 28. Oktober 1918⁴⁶ waren Webers Ziele praktisch erfüllt, aber anders und unter anderen Umständen, als er sich dies gewünscht hatte:⁴⁷

Sein Wunsch, daß aus Deutschland ein großer machtvoller Nationalstaates werde, blieb unerfüllt; statt dessen lag Deutschland wirtschaftlich, finanziell, psychologisch und militärisch am Boden und sah sich in den folgenden Friedensverhandlungen tief empfundenen Demütigungen ausgesetzt. Außerdem erkannte er jetzt deutlich die Gefahr, auf die er schon während des Krieges mehrfach hingewiesen hatte, nämlich daß das neue demokratische Regime für die Niederlage verantwortlich gemacht werden würde.⁴⁸

Max Webers Wertesystem wurde durch den Zusammenbruch des Kaiserreiches jedoch in seinen Grundfesten nicht erschüttert: die Idee des machtvollen Nationalstaats blieb auch jetzt die oberste Norm seines politischen Denkens. Ja – sein nationales Denken wurde sogar im Augenblick der Niederlage noch gesteigert, weil er nun überall in Deutschland die Abkehr vom nationalen Gedanken beobachtete. Wolfgang J. Mommsen stellt hierzu fest: »Gerade 1918/19, als sich allgemein eine Abkehr vom Machtdenken der Wilhelminischen Epoche anbahnte, bekannte Weber sich ausdrücklich zur Macht als Wesen und Voraussetzung aller Politik und überhäufte den Pazifismus mit schärfster Kritik.«⁴⁹ Weber behielt seinen Glauben an die weltpolitische Sendung Deutschlands auch in der Situation von Niederlage und Revolution: Er glaubte an eine Wiederauferstehung der Nation und verwies trotzig auf historische Vorbilder wie den Dreißigjährigen Krieg und die napoleonische Fremdherrschaft, um Deutschlands Fähigkeit zur Regeneration aufzuzeigen: »Wir fangen noch einmal wie nach 1648 und 1807 *von vorn an*.«⁵⁰

So lehnte Weber es auch ab, über die Gründe und Ursachen der deutschen Niederlage öffentlich zu reden und nach Schuldigen hierfür zu suchen. Der Ausgang des Krieges sei kein Beweis gegen die innere Berechtigung der bisherigen deutschen (Macht)Politik. Er bestritt leidenschaftlich, daß die deutsche Politik der vergangenen Jahrzehnte jetzt, nach dem verlorenen Krieg, von einem ethischen Standpunkt aus zu kritisieren sei: »Die Politik der letzten zwei Jahrzehnte war frevelhaft, nicht, weil sie Kriegspolitik, sondern weil sie *leichtfertige* Politik und verlogen war. Unsere Politik vor dem Kriege war *dumm*, nicht: ethisch verwerflich.« Auch plädierte er für eine rein politisch-militärische Analyse des Kriegsausgangs, keine moralische Bewertung: »Der Schlachtengott ist mit den größeren Bataillonen.«⁵¹

Weber empfand es als feige und würdelos, nachträglich über die gefallen Entscheidungen zu streiten und die Politik der Vergangenheit zu verdammen; er wollte, daß in der Gegenwart die Folgen der nun einmal getroffenen Entscheidungen standhaft und schweigend ertragen werden. Nur auf diese Weise erschien es ihm möglich, eine Regeneration Deutschlands zu erreichen. Wie es schon das Leitmotiv seiner Freiburger Antrittsrede über 20 Jahre zuvor gewesen war, den Blick nach vorne in die Zukunft zu richten,⁵² so dachte er auch jetzt wieder.

Max Weber war also vor allem sehr darauf bedacht, daß die Deutschen auch im Augenblick der Niederlage ihre Würde bewahrten und nicht zur nationalen Selbstverleugnung übergingen. Um das nationale Prestige zu wahren, forderte er auch die Selbstausslieferung der verantwortli-

⁴⁶ Zur Reform der Reichsverfassung vgl. allgemein Hans Boldt, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 21993, S. 205-220.

⁴⁷ Vgl. zum folgenden Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 305-355.

⁴⁸ Deshalb auch wünschte er eine genaue Fixierung der Verantwortlichkeiten für die Entschlüsse, die zum Waffenstillstand geführt hatten. Vgl. Ilse Dronberger, The political thought of Max Weber. In quest of statesmanship, New York 1971, S. 220.

⁴⁹ Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 345.

⁵⁰ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 346 (Hervorheb. im Orig.).

⁵¹ Beides zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 316.

⁵² S. oben S. 5.

chen Militärs⁵³ und Politiker an die Kriegsgegner, noch bevor diese eine Auslieferung mit Zwangsmitteln durchsetzen würden. Weber erhoffte sich von diesem Schritt vor allem eine innenpolitische Wirkung mit Blick auf die Zukunft: »Nur dann kann das Offizierskorps einmal ruhmvoll auferstehen, wenn sie den Feinden freiwillig ›den Kopf hinhalten‹.«⁵⁴

5.2 Die Novemberrevolution und die Neuordnung Deutschlands

Bereits seit Anfang Oktober 1918 hatte Max Weber auf eine sofortige Abdankung des Kaisers gedrängt, »im Interesse des Reiches«, wie er meinte. Der Thronverzicht Wilhelms II. sollte *freiwillig* erfolgen, um die Dynastie und die Monarchie zu retten. Weber war, wie schon gesagt, kein prinzipieller Gegner der Monarchie; er war überzeugt, daß gerade die Würde und das Prestige der Monarchie einen solchen Schritt gebieten würden, wenn die Monarchie weiterhin ihre vornehmste Funktion als Legitimationsquelle der staatlichen Ordnung erfüllen sollte.^{55, 56}

Was die Novemberrevolution betraf, so war Max Weber über deren Ausbruch erbittert. Er verurteilte sie und nannte sie einen »blutigen Karneval, der den ehrenvollen Namen einer Revolution nicht verdient.«⁵⁷ Was waren seine Hauptkritikpunkte an der Revolution?

Es lief Weber zuwider, daß die Revolution im Augenblick des Triumphs der Feinde ausbrach und Deutschland – seiner Ansicht nach – die Waffen aus der Hand geschlagen hatte, und somit eine mögliche Wiederaufnahme des Kampfes verhinderte. Die Revolution zerstörte also in seinen Augen die Möglichkeit, durch eine letzte verzweifelte militärische Anstrengung die Lage zugunsten Deutschlands zu ändern, statt dessen sorgte sie dafür, daß Deutschland nun endgültig militärisch völlig schutzlos dastand.⁵⁸

Hierzu ist zweierlei anzumerken: Erstens ist dies der Punkt, an dem Weber in seiner Argumentation »bedenklich nahe«⁵⁹ an die Dolchstoßlegende kommt, indem er einen Zusammenhang von militärischer Niederlage und Revolution herstellte. Zweitens unterschätzte Weber ohne Zweifel das tatsächliche Ausmaß der militärischen Niederlage Deutschlands und seiner Möglichkeiten, den Kampf wieder aufzunehmen (– wir wissen heute, daß eine Aufnahme des Kampfes in jedem Fall illusorisch war und nicht erst durch die Folgen der Revolution unmöglich gemacht wurde).

Die Frage des militärischen Potentials Deutschlands zur Weiterführung oder Wiederaufnahme des Krieges betrachtete Weber vor allem vor dem weltpolitischen Hintergrund der Rolle der Vereinigten Staaten. Er setzte große Hoffnungen in den US-Präsidenten Woodrow Wilson, der als »Weltfriedensrichter« auf der Grundlage seines Anfang Januar 1918 proklamierten 14-Punkte-Programms für eine künftige Friedensordnung mäßigend auf die europäische Nachkriegsordnung einwirken konnte. Diese Möglichkeit war aber nur solange gegeben, wie die Kriegsgegner Deutschlands auf die Hilfe der Amerikaner angewiesen waren – dies aber war nur solange der Fall, wie eben die europäischen Mächte, allen voran Frankreich, sich von Deutschland noch bedroht fühlen konnten.⁶⁰

⁵³ Allen voran der Generalquartiermeister der 3. OHL und politisch einflußreichste Offizier in der Spätphase des Krieges, Erich Ludendorff.

⁵⁴ Zit. nach Weber, Lebensbild, S. 701.

⁵⁵ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 310-315 sowie Weber, Lebensbild, S. 670-672.

⁵⁶ Exkursorisch sei zur Legitimitätskrise des Kaiserreiches in der Enspphase des Krieges angemerkt: Die Revolution kam für Max Weber nicht eigentlich überraschend, und er konnte sie sehr schlüssig mit Hilfe seiner soziologischen Lehren, konkret: mit seiner *Herrschaftstypologie* erklären. Weber unterschied idealtypisch zwischen traditionaler, charismatischer und legaler Herrschaft. Beim Kaiserreich handelte es sich – wie bei allen modernen Anstaltsstaaten – um eine Form legaler Herrschaft, die durch den Glauben an die Legitimität schriftlich fixierter Regeln, also gesetzten Rechts, gekennzeichnet ist. Durch den fortschreitenden Prozeß der Aushöhlung der formalen Rechtsordnung während des Krieges ging auch der Glaube an die Richtigkeit der Rechtsgrundsätze verloren und damit zerbrach überhaupt der Glaube an die Legitimität des Staates.

⁵⁷ Zit. nach Weber, Lebensbild, S. 678.

⁵⁸ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 318-319.

⁵⁹ Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 319.

⁶⁰ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 318-319.

Max Weber kritisierte zunehmend auch den »Rat der Volksbeauftragten«, nachdem dieser am 10. November 1918 errichtet wurde:⁶¹ Dieser habe die völlige Auflösung des Heeres geduldet; er habe die schmachvolle Behandlung der Offiziere nicht verhindert; und er verspreche (gegen die eigene Auffassung, so Weber) eine Sozialisierung der Wirtschaft. Daraus zog Weber das Fazit: Die Revolutionsregierung betreibe eine Stimmungsmache, die sich nicht im geringsten unterscheidet von der unter Ludendorff inszenierten Propaganda für den Krieg. Sie werde enden mit einer Diskreditierung des Sozialismus – gegen den Weber per se nichts einzuwenden hatte und dem er eine Existenzberechtigung nicht absprach.⁶² Was Weber vermißt, ist also abermals eine Politik, die sachlich, nüchtern, verantwortungsvoll und mit Augenmaß betrieben wird.⁶³

Grundsätzlich vertrat Weber die Ansicht, daß eine Revolution nur unter Einbeziehung des Bürgertums Erfolg haben könnte; bliebe diese Einbeziehung aus, so würde die Reaktion nur um so schärfer zurückschlagen. Er warf der Revolutionsregierung vor, daß sie entgegen ihren eigenen Überzeugungen zu feige sei, eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien einzugehen, und statt dessen mit »unsauberen Elementen«, wie er es ausdrückte (gemeint sind die USPDler und die Revolutionären Obleute) paktiere. Dies war ein *innenpolitischer* Grund – die Notwendigkeit einer bürgerlichen Beteiligung an der Regierung ergab sich für Weber aber auch aus einem ganz praktischen *außenpolitischen* Motiv: Die Westmächte, so argumentierte er, würden nur mit einer bürgerlichen Regierung Frieden schließen. Ein Weitertreiben der Revolution – eine Radikalisierung also – würde am Ende zu einem Bürgerkrieg führen und die feindliche Besetzung Deutschlands nach sich ziehen.⁶⁴

Vor diesem Hintergrund engagierte sich Max Weber in der im November 1918 neugegründeten linksliberalen »Deutschen Demokratischen Partei«, die eine Partei des demokratisch gesinnten Bürgertums sein wollte.⁶⁵ Er wurde zum Mitglied des Vorstands gewählt und entfaltete eine rege Wahlkampf­tätigkeit für die Partei (– eine angestrebte Kandidatur für den Reichstag allerdings scheiterte).⁶⁶ Ende November 1918 verfaßte er eine große Artikelserie in der »Frankfurter Zeitung« unter dem Titel »Deutschlands künftige Staatsform«, um für die politische Mobilisierung des Bürgertums zu wirken.⁶⁷

Was den Ruf nach Verfassungsreformen anging, so verschärfte Weber in der Situation von Niederlage und Revolution seine Position noch: Er zweifelte nun daran, ob angesichts des defizitären Zustands des Parteienwesens ein genuin parlamentarisches System nach englischem Vorbild die strukturellen Mängel wirklich beseitigen könnte. Deshalb argumentierte er jetzt für einen direkt vom Volk zu wählenden starken Reichspräsidenten, dessen Aufstieg auch außerhalb des Parteienwettbewerbs möglich sein sollte. Das Verfassungsorgan des vom Parlament unabhängigen Reichspräsidenten in der Weimarer Republik geht mehr oder weniger direkt auf Webers Einfluß zurück.^{68, 69}

⁶¹ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 322-325.

⁶² Er hatte sich ja bereits vor dem Krieg für die Durchführung sozialer Reformen und gegen die Ausgrenzung der Arbeiterschaft ausgesprochen.

⁶³ Allerdings wäre es grundfalsch, Max Weber in die Reihe der Dolchstoß-Propagandisten einzureihen. Sein Urteil ist differenzierter als die Dolchstoßvorwürfe der Rechten, da er einseitige Schuldvorwürfe an die Sozialdemokraten und anderen linken Kräften vehement ablehnte. Wie ja schon gezeigt wurde, hatte er immer auch die strukturellen Defizite des Kaiserreiches als Verursacher von Niederlage und Zusammenbruch im Blickfeld.

⁶⁴ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 325-326.

⁶⁵ Vgl. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 326-335.

⁶⁶ Vgl. Mommsen, Politik und politische Theorie, S. 518.

⁶⁷ Max Weber, Deutschlands künftige Staatsform, in: Ders., Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I., Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 98-146.

⁶⁸ Vgl. Mommsen, Liberaler in der Grenzsituation, S. 39.

⁶⁹ Für Weber eröffneten sich durch die Revolution neue Chancen für einen Einstieg in die praktische Politik: Der Rat der Volksbeauftragten erwog, ihn zum Staatssekretär des Inneren zu berufen und ihm die Ausarbeitung einer parlamentarischen Reichsverfassung zu übertragen. Daraus wurde aber letztlich nichts, und statt dessen wurde Hugo Preuß diese Aufgabe zuteil. Vgl. Mommsen, Politik und politische Theorie, S. 517.

5.3 Der Versailler Vertrag und die Kriegsschuldfrage

Auf die harten Friedensbedingungen,⁷⁰ die der deutschen Seite von den Alliierten präsentiert wurden, reagierte Max Weber mit äußerster, schärfster Empörung.⁷¹ In dieser Situation zeigte sich Webers schroffe, polemische und bis ins äußerste zuspitzende Art, die den heutigen Leser bisweilen abzuschrecken vermag, überdeutlich: Er ging nun gar so weit, darüber nachzudenken, ob nicht eine feindliche Okkupation bei Nichtannahme der Friedensbedingungen geradezu wünschenswert sei, weil dann der leidenschaftliche nationale Widerstand des deutschen Volkes entfacht würde – das Entstehen einer ähnlichen psychologischen Stimmungslage wie bei Kriegsbeginn im August 1914 erhoffte er sich wohl. In dieser Situation hätte Weber sogar revolutionäre Gewaltmethoden und Partisanenkampf begrüßt, um die Abtrennung deutscher Gebiete zu verhindern.

Seine Äußerungen in Reden und Briefen aus dieser Zeit mit Bezug auf die außenpolitische Lage sprechen eine sehr deutliche Sprache. So heißt es in einem Brief vom 13. November 1918: »Wenn jetzt Polen in Danzig und Thorn, oder Tschechen in Reichenberg einziehen sollten, so ist das erste: die deutsche Irredenta muß gezüchtet werden. Nicht ich werde das tun, denn ich bin selbst gesundheitlich untauglich. Aber jeder Nationalist muß es tun und vor allem die Studenten. Irredenta heißt: Nationalismus mit revolutionären Gewaltmitteln.«⁷² In einer öffentlichen Versammlung in Heidelberg sagte er: »Sie wissen, was es heißt, einem einmarschierenden Feinde, dem mit einer Armee nicht mehr zu widerstehen ist, die Stirn zu bieten ... Alles für die Zukunft glauben, für sich selbst alle Hoffnung fahren zu lassen. Den Lebenden sei nur beschieden: Einkerkering und Standgericht.« Und weiter: »Man muß dafür sorgen, daß den ersten polnischen Beamten, der es wagt, Danzig zu betreten, eine Kugel trifft.«⁷³

Man muß nun allerdings beachten, daß diese scharfen Äußerungen, sofern sie öffentlich gemacht wurden, in erster Linie taktisch motiviert waren: Weber hoffte, die Alliierten würden durch solche martialischen Hinweise auf eine deutsche Irredenta allergrößten Ausmaßes und die offene Bereitschaft, das äußerste zu wagen, davon abgeschreckt werden, weitgehende Gebietsabtretungen zu fordern. Aus dieser Motivation erklären sich auch die Angriffe gegen den Rat der Volksbeauftragten, der sich seiner Ansicht nach zu schwach und unentschlossen zeigte, und dadurch die Alliierten zu weitgehenden Forderungen geradezu provozierte.

Max Webers Rigorosität in dieser Frage erklärt sich gerade auch aus der Furcht vor den seines Erachtens fürchterlichen Folgen, die aus der fatalen Verbindung von Niederlage plus Friedensoktroierung und gleichzeitiger Demokratisierung entstehen können. – Wie oben ja schon angedeutet, wollte Weber eine Diskreditierung der neuen Verfassungsordnung durch einen schmachvollen und harten Frieden unbedingt vermeiden.

Auf Einladung des Außenministers Ulrich Graf v. Brockdorff-Rantzau nahm Max Weber *in persona* als Sachverständiger an den Versailler Friedensverhandlungen teil.⁷⁴ Dahinter stand die Absicht, Webers großes – auch internationales – Ansehen für eine Stärkung der deutschen Verhandlungsposition auszunutzen (allerdings blieb sein Einfluß dort sehr gering, wie ja im übrigen der deutschen Seite insgesamt kein entscheidendes Mitspracherecht bei den Friedensverhandlungen eingeräumt wurde). Die Expertenkommission, bei der Weber Mitglied war, firmierte unter der Bezeichnung »Viererkommission«, da neben ihm noch Albrecht Mendelssohn-Bartholdy,⁷⁵ Hans Delbrück⁷⁶ und Graf Max Montgelas⁷⁷ dazugehörten – allesamt, wie Weber, von hoher internationaler Reputation.

⁷⁰ Zum Versailler Vertrag vgl. allgemein Gerd Krumeich (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001.

⁷¹ Vgl. zum folgenden Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 335-355.

⁷² Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 335.

⁷³ Zit. nach Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik, S. 336.

⁷⁴ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Max Weber and the Peace Treaty of Versailles, in: Manfred F. Boemeke/Gerald D. Feldman/Elisabeth Glaser (Hgg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 years, Cambridge u. a. 1998, S. 535-546.

⁷⁵ Albrecht Mendelssohn-Bartholdy (1874-1936), Jurist und Politikwissenschaftler. Er zeigte eine liberale Haltung und trat ein für internationale Verständigung und gewaltlose Konfliktregelung.

⁷⁶ Hans Delbrück (1848-1929), Historiker und Politiker. Er war ein Kritiker des Wilhelminismus und forderte eine gemäßigte Außenpolitik.

Insbesondere auf die Feststellung der deutschen Kriegsschuld sollte die Mitarbeit der vier Männer einen positiven Effekt haben. Bereits Anfang Februar 1919 wurde auf Initiative des Ex-Kanzlers Prinz Max v. Baden die »Heidelberger Vereinigung für eine Politik des Rechts« gegründet, der auch Weber angehörte. Dieser Verein namhafter Professoren hatte den Zweck, dem Kampf gegen die Kriegsschuldthese eine breite öffentliche Basis zu verschaffen. In einer veröffentlichten Erklärung des Vereins wurde von den Mitgliedern festgestellt, daß »eine *gemeinsame* Schuld aller kriegführenden Großmächte Europas« bestehe. Die »Heidelberger Vereinigung« forderte zudem die Einsetzung einer internationalen neutralen Kommission zur Untersuchung der Kriegsursachen.

Max Webers Beteiligung in der »Heidelberger Vereinigung« und an den Friedensverhandlungen erklärt sich daraus, daß er zu den schärfsten Gegnern der These von der deutschen Alleinschuld am Kriegsausbruch gehörte. Er war innerlich nicht von einer deutschen Schuld überzeugt, und hinzu kam noch, daß ihm ein Schuldeingeständnis auch aus *verhandlungstaktischen* Gründen zuwiderlief: Durch ein solches nämlich werde nur den Alliierten in die Hände gearbeitet werden, da sie ihre Friedensbedingungen unter Berufung auf die deutsche Alleinschuld zu rechtfertigen versuchen würden.⁷⁸

Webers Stellung zur Kriegsschuldfrage wird deutlich aus einem von Weber verfaßten und in der »Frankfurter Zeitung« am 17. Januar 1919 – einen Tag vor Beginn der Pariser Friedenskonferenz – erschienenen Artikel, von dem ausgegangen werden kann, daß die Veröffentlichung mit Wissen und Billigung des Auswärtigen Amtes erfolgt ist.⁷⁹ Webers Hauptthese in diesem Artikel ist, daß von einer maßgeblichen deutschen Kriegsschuld nicht gesprochen werden könne, sondern daß statt dessen das zaristische Rußland die Hauptschuld trage. Diese Interpretation deckt sich im übrigen auch mit Webers politischer Anschauung von vor dem Krieg, da er schon frühzeitig in Rußland – wegen seiner vermeintlich imperialistischen Neigungen, die allein die Existenz des Reiches ernstlich in Frage zu stellen in der Lage sei – den Hauptfeind Deutschlands erkannt hatte, mit England dagegen einen weltpolitischen Ausgleich anstrebte.⁸⁰

Nach der Vorlage des ausgearbeiteten Versailler Vertrages plädierte Weber dafür, ihn abzulehnen und nicht zu unterzeichnen. Sein tief verinnerlichtes Nationalbewußtsein lehnte sich gegen eine Annahme des Vertrages auf. Mögliche Folgen einer Nichtunterzeichnung (d. h. die militärische Besetzung des Reiches und die mögliche Zerschlagung der Reichseinheit) nahm er offenen Auges in Kauf. Hier zeigt sich wieder die für Webers Denken charakteristische Kompromißlosigkeit, die fordert, einen einmal eingeschlagenen Weg bis zur letzten Konsequenz zu gehen, dabei aber immer auch die Bereitschaft zu zeigen, die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen (Verantwortungsethik!) und diese Folgen standhaft zu ertragen, dafür aber seine Würde und Ehre zu behalten. – Mit dieser kompromißlosen Haltung ging Weber in Konfrontation zu den Vertretern der offiziellen deutschen Friedensdelegation, deren Verhandlungsstrategie darauf hinauslief, in einigen Punkten kleine Zugeständnisse zu machen, um die darauf folgenden Verhandlungen zu nutzen, um weitere Bedingungen in kleinen Schritten zu ändern.

Max Webers insgesamt als pessimistisch zu charakterisierende Zukunftssicht wird deutlich in seiner berühmten Rede »Politik als Beruf« vom 28. Januar 1919.⁸¹ Dort heißt es: »[In] zehn Jahren ... [wird die] die Reaktion längst hereingebrochen [sein]«, und »vor uns [liegt] eine Polarnacht

⁷⁷ Graf Max Montgelas (1860-1938), Offizier und Politiker. Er war hg. der »Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch« sowie seit 1920 Sachverständiger des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die Schuldfragen des Weltkriegs.

⁷⁸ Vgl. Wolfgang J. Mommsen, Einleitung, in: Max Weber. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 1-45, hier S. 21.

⁷⁹ Max Weber, Zum Thema der »Kriegsschuld«, in: Ders., Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 179-190. Siehe auch die editorische Anmerkung ebd. auf S. 177.

⁸⁰ S. oben S. 7.

⁸¹ Das Leitmotiv dieser Rede ist seine Klage, daß es in Deutschland wegen des defizitären Ausleseprozesses an echten Berufspolitikern mangelt, und die daraus abgeleitete Forderung, daß Deutschland nach dem Krieg und der Revolution nicht ohne Führung dastehe. Deshalb führt er im folgenden aus, über welche Qualitäten ein Berufspolitiker verfügen müsse: nämlich Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß.

von eisiger Finsternis und Härte«⁸² – geradezu prophetische Worte angesichts des Schicksals der Weimarer Republik und des Aufstiegs der Nationalsozialisten.

6. Schlußbetrachtung

Die Untersuchung der politischen Haltung Max Webers im Ersten Weltkrieg und zur Neuordnung Deutschlands hat Ergebnisse erbracht, deren wichtigste vier im folgenden kurz zusammengefaßt werden sollen:

1.) Es zeigte sich, daß der Weltkrieg gleichsam als Katalysator fungierte, um Max Webers seit jeher vorhandene Kritik am System des Kaiserreiches auf die Spitze zu treiben. Schon seit längerem beobachtete er in Deutschland schwere Strukturdefekte, die die Bildung einer fähigen politischen Führungsschicht unmöglich machten. In dem Maße, wie sich der Krieg in die Länge zog, nahmen seine kritischen Äußerungen zu, bis hin zu der Entwicklung der Lehre von der »plebisziären Führerdemokratie«,⁸³ die mit dem bestehenden verfassungsrechtlichen System des deutschen monarchischen Konstitutionalismus vollständig brach.

2.) Auf der anderen Seite zeigte sich der »Nationalist« Max Weber mit seinem leidenschaftlichen Appell an den Kampfesmut und die Opferbereitschaft der Nation – auch und gerade im Angesicht der unabwendbaren Niederlage. Es ist auch vor dem Hintergrund der Kriegserfahrung nicht zu einer Erschütterung seines Wertesystems gekommen: Die Idee der Nation als Machtstaat (damit verbunden: der Glaube an die weltpolitische Sendung Deutschlands) blieb für ihn die oberste Norm in einem pluralistischen Wertesystem. Daß diese Haltung gerade während der Niederlage in schärfster Form herausbrach, macht deutlich, welchen zentralen Stellenwert der nationale Gedanke im Rahmen seines politischen Denkens insgesamt einnahm. Sein Blick richtete sich dabei in die Zukunft: Nur durch die Bewahrung der Würde und Ehre der Deutschen erschien ihm eine Regeneration Deutschlands gewährleistet.

3.) Daneben sticht jedoch immer wieder seine Forderung nach Rationalität, Verantwortungsbereitschaft und Augenmaß ins Auge, die, trotz aller schroff-polemisch gefärbten Äußerungen (die z. T. verbal den Grenzbereich zum Militaristischen und Nationalistischen überschritten), immerzu den deutlichen Unterton aller politischen Wortmeldungen ausmachten (vgl. insbesondere seine Agitation gegen die zunehmend maßloser werdenden Kriegszielpläne oder seine Stellungnahme gegen die Aufnahme des verschärften bzw. unbeschränkten U-Boot-Krieges).

4.) Sein wohl nicht zuletzt auch durch sein breites wissenschaftliches Interessenspektrum bedingter weiträumiger analytischer Blick ließ ihn in unübertroffener Deutlichkeit die Strukturdefekte des politischen Systems jenseits der tagespolitischen Kämpfe erkennen. Das Bewußtsein über die inneren strukturellen Mängel des Kaiserreiches (verbunden mit der öffentlichen Forderung nach ihrer Reform) zeichnet Max Weber als einen scharfsinnigen politischen Analytiker aus, der in mancher Hinsicht mehr Weitsicht zeigte als viele seiner Zeitgenossen. Gerade diese Erweiterung des Blickwinkels auf die hinter den Erscheinungen liegenden strukturellen Verhältnisse läßt ihn auch heute noch höchst aktuell und »modern« erscheinen.

Insbesondere der letztgenannte Punkt weist bereits über die vorliegende Arbeit hinaus und läßt die Frage nach der Stellung des Intellektuellen bzw. Wissenschaftlers in der Gesellschaft und seinem Anteil an gesellschaftspolitischen Diskussionen überhaupt aufkommen. Es ist das Beispiel Max Webers, welches bei Beantwortung dieser Frage auch heutigentags – immer noch – sehr anregend sein kann.

⁸² Weber, Politik als Beruf, S. 559.

⁸³ Auf diese Theorie konnte im begrenzten Rahmen dieser Arbeit leider nicht näher eingegangen werden. Vgl. hierzu den Überblick bei Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien*. Eine Einführung, Opladen 2000, S. 178-197.

7. Literaturverzeichnis

7.1 Schriften von Max Weber

Bismarcks Außenpolitik und die Gegenwart, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 71-92.

Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik, in: Max Weber, Gesammelte politische Schriften, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen ³1971, S. 1-25.

Der Sinn der ›Wertfreiheit‹ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hg. von Johannes Winckelmann, Tübingen ⁶1985, S. 489-540.

(*zusammen mit Felix Somary*) Der verschärfte U-Boot-Krieg, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 115-125.

Deutschlands künftige Staatsform, in: Max Weber, Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I., Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 98-146.

Die ›Objektivität‹ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, in: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hg. von Johannes Winckelmann, Tübingen ⁶1985, S. 146-214.

Entwicklungstendenzen in der Lage der ostelbischen Landarbeiter, in: Max Weber, Gesammelte Aufsätze zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Marianne Weber, Tübingen ²1988, S. 470-507.

Parlament und Regierung im neugeordneten Deutschland, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 432-596.

Politik als Beruf, in: Max Weber, Gesammelte politische Schriften, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen ³1971, S. 505-560.

Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, hg. v. Johannes Winckelmann, Tübingen ⁵1980.

Zum Thema der ›Kriegsschuld‹, in: Max Weber, Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I., Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 179-190.

7.2 Darstellungen über Max Weber

Aron, Raymond, Max Weber und die Machtpolitik, in: ZfP 11, 1964, S. 100-113.

Boldt, Hans, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München ²1993, S. 205-220.

Deist, Wilhelm, Zensur und Propaganda in Deutschland während des Ersten Weltkriegs, in: Ders., Militär, Staat und Gesellschaft. Studien zur preußisch-deutschen Militärgeschichte, München 1991, S. 153-163.

Dronberger, Ilse, The political thought of Max Weber. In quest of Statesmanship, New York 1971.

- Flasch, Kurt, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg, Berlin 2000.
- Kaesler, Dirk, Max Weber. Eine Einführung in Leben, Werk und Wirkung, Frankfurt a. M. ²1998.
- Kielmansegg, Peter Graf, Deutschland und der Erste Weltkrieg, Frankfurt a. M. 1968.
- Krumeich, Gerd (Hg.), Versailles 1919. Ziele – Wirkung – Wahrnehmung, Essen 2001.
- Mommsen, Wolfgang J., Ein Liberaler in der Grenzsituation, in: Wolfgang J. Mommsen, Max Weber. Gesellschaft, Politik und Geschichte, Frankfurt a. M. 1974, S. 21-43.
- Mommsen, Wolfgang J., Einleitung, in: Max Weber, Zur Politik im Weltkrieg. Schriften und Reden 1914-1918 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 15), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1984, S. 1-20.
- Mommsen, Wolfgang J., Einleitung, in: Max Weber. Zur Neuordnung Deutschlands. Schriften und Reden 1918-1920 (= Max Weber Gesamtausgabe, Abt. I, Bd. 16), hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Tübingen 1988, S. 1-45.
- Mommsen, Wolfgang J., Max Weber and the Peace Treaty of Versailles, in: Manfred F. Boemeke/Gerald D. Feldman/Elisabeth Glaser (Hgg.), The Treaty of Versailles. A Reassessment after 75 years, Cambridge u. a. 1998, S. 535-546.
- Mommsen, Wolfgang J., Max Weber und die deutsche Politik 1890-1920, Tübingen ²1974.
- Mommsen, Wolfgang J., Politik und politische Theorie bei Max Weber, in: Johannes Weiß (Hg.), Max Weber heute. Erträge und Probleme der Forschung, Frankfurt a. M. 1989, S. 515-542.
- Schmidt, Manfred G., Demokratietheorien. Eine Einführung, Opladen 2000.
- Schwabe, Klaus, Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im Ersten Weltkrieg, in: HZ 193, 1961, S. 601-634.
- Weber, Marianne, Max Weber. Ein Lebensbild, Heidelberg 1950.

*

*

*